

In einer Welt im Wandel den Sinn für das Politische wiederfinden

Schreiben des Ständigen Rates der französischen Bischofskonferenz an die Bewohner unseres Landes

Vorbemerkungen

Wenn wir heute das Wort ergreifen, dann tun wir dies, weil wir unser Land lieben und weil uns die Lage im Land mit Sorge erfüllt. Wir haben nicht die Absicht, durch düstere Befunde Unmut und Verdrossenheit zu schüren; vielmehr wollen wir, den Tatsachen ins Auge sehend, mit unseren Überlegungen unseren Teil zu der Debatte beitragen, der sich unser Land zu stellen hat.

Wir sind keine Politikexperten, aber wir haben Anteil am Leben unserer Mitbürger. Wir hören ihnen zu und sehen, wie sie leben. Und was das menschliche Leben berührt, steht im Zentrum des kirchlichen Lebens. Das Zweite Vatikanische Konzil hat es so formuliert:

„Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi. Und es gibt nichts wahrhaft Menschliches, das nicht in ihren Herzen seinen Widerhall fände.“¹

Man müsste schon Augen und Ohren verschließen, um nicht zu bemerken, dass viele Bewohner unseres Landes von Überdross, Frustration, zuweilen Ängsten und Wut erfüllt sind, die durch die Attentate und Aggressionen noch verstärkt wurden, und dass darin Erwartungen und eine tiefe Sehnsucht nach Veränderung zum Ausdruck kommen. Man müsste gleichgültig und gefühllos sein, um nicht von der Unsicherheit und Ausgrenzung berührt zu werden, die viele im Land erleben.

In den letzten fünfzig Jahren hat sich unser Land unter anderem in wirtschaftlicher, kultureller, gesellschaftlicher und religiöser Hinsicht enorm verändert. Binnen kurzer Zeit hat sich ein tiefgreifender Wandel vollzogen, der noch nicht abgeschlossen ist. Diese Entwicklungen und Veränderungen haben die Gesellschaft verunsichert. Die Bezugspunkte und Modalitäten des Zusammenlebens haben sich verändert. Was einst fest verwurzelt und stabil erschien, ist heute relativ und unbeständig. Darüber hinaus hat die gesamte Welt umwälzende Änderungen erfahren, und unser Land im Herzen Europas vermittelt das Gefühl, Mühe zu haben, sich in einer gemeinsamen Zukunftsvision wiederzufinden und sich überhaupt eine Zukunft vorzustellen. Die unablässigen Behauptungen über den Niedergang Frankreichs lähmen den einzelnen und die Gesellschaft, und sie sind weit davon entfernt, zur Willensbildung beizutragen, sondern drohen vielmehr, die herrschende Verdrossenheit noch weiter anzufachen.

Warum die Stimme erheben?

Ganz einfach weil die Katholiken als Bürger, die mit allen Rechten ausgestattet sind, diese Umwälzungen selbst miterleben. Und weil sie sich nicht von den Problemen abwenden dürfen, die das gesellschaftliche Leben, die Würde und die Zukunft der Menschen betreffen. Wenn in der jüdisch-christlichen Überlieferung Gott jeden Menschen beim Namen ruft,

¹ Zweites Vatikanisches Konzil, Pastorale Konstitution *Gaudium et spes* über die Kirche in der Welt von heute, 1965, Nr. 1.

verstehet er ihn nicht als isoliertes Individuum, sondern immer als Teil eines Volkes, und er verweist damit auf das gesamte Volk. Die christliche Hoffnung hat daher nicht nur einen individuellen, sondern auch einen gemeinschaftlichen Aspekt.

Es ist nicht das erste Mal, dass die französischen Bischöfe in der einen oder anderen Form zur gesellschaftlichen Debatte beitragen. So haben sie beispielsweise in den neunzehnhundertsiebziger Jahren ein wichtiges Dokument mit dem Titel *Pour une pratique chrétienne de la politique*² (Für eine christliche politische Praxis) veröffentlicht.

Fast zwanzig Jahre später meldeten sie sich in einem anderen Kontext erneut zu Wort. Hier ging es nicht mehr darum, die Rahmenbedingungen und Grenzen des politischen Handelns abzustecken, sondern im Gegenteil, schon auf das aufkommende Desinteresse an öffentlichen Angelegenheiten, auf den Rückzug in das Private, den Individualismus zu reagieren. Der Titel dieser Erklärung lautete *Politique: l'affaire de tous*³ (Politik geht alle an). Eine darin formulierte Forderung nach einer Erneuerung der Politik wurde einige Jahre später in einer weiteren Erklärung mit dem Titel *Réhabiliter la politique*⁴ aufgegriffen.

Über diese wichtigen Texte hinaus haben die französischen Bischöfe immer wieder zu diversen Themen des gesellschaftlichen Lebens und zur Suche nach einem guten gesellschaftlichen Miteinander Position bezogen: Schutz der Menschenwürde und des menschlichen Lebens von seinem Beginn bis zu seinem Ende, Schutz des Fremden, die Sorge für die Ärmsten, Solidarität, Gerechtigkeit, Frieden usw.

Heute veranlasst uns die Situation in unserem Land, erneut das Wort zu ergreifen. Stärker als je zuvor spüren wir, dass das Miteinander geschwächt, brüchig, angegriffen wird. Die Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens werden in Frage gestellt. Grundlegende traditionelle Begriffe wie Nation, Heimat, Republik werden auf den Kopf gestellt und haben nicht mehr für alle dieselbe Bedeutung. Und obwohl ein großer Gesprächsbedarf besteht, scheint es immer schwieriger geworden zu sein, miteinander zu sprechen, scheinen sich die Empfindlichkeiten verstärkt zu haben und scheint irgendeine Form von Gewalt nie weit entfernt zu sein.

Im Vorfeld des kommenden wichtigen Wahljahres haben wir im vergangenen Juni „unsere Mitbürger auf bestimmte Fragen aufmerksam gemacht, die unserer Ansicht nach für unsere Zukunft entscheidend sind“.⁵ Doch wir müssen noch deutlich weiter gehen. Über die anstehenden politischen Termine hinaus, bei denen Grundsatzdebatten immer drohen, von wahltaktischem Kalkül bestimmt zu werden, scheint es uns dringend vonnöten zu sein, zu einem noch grundlegenden Nachdenken über das Politische aufzurufen. Ein solches Vorhaben macht es erforderlich, dass sich jeder selbst hinterfragt und Verantwortungsgefühl zeigt. Wir dürfen es nicht dazu kommen lassen, dass unser Land in seinen Grundfesten schwer beschädigt wird, mit allen Konsequenzen, die eine entzweite Gesellschaft zu tragen hätte. Dazu bedarf es eines Erneuerungsprozesses, an dem wir alle gemeinsam arbeiten müssen. Er setzt eine klare Analyse der gegenwärtigen Lage voraus.

² Les Évêques de France, *Pour une pratique chrétienne de la politique*, Paris, Centurion, 1972.

³ Bischöfliche Kommission für soziale Fragen, *Politique: affaire de tous*, La Documentation catholique, 1. Dezember 1991.

⁴ Bischöfliche Kommission für soziale Fragen, *Réhabiliter la politique*, Paris, Centurion, Cerf, Fleurus-Mame, 1999.

⁵ Erklärung des Ständigen Rates der französischen Bischofskonferenz: 2017, *année électorale: quelques éléments de réflexions*, abrufbar auf der Internetseite der französischen Bischofskonferenz: <http://www.eglise.catholique.fr/conference-des-vevques-de-france/textes-et-declarations/422466-2017-annee-electorale-quelques-elements-de-reflexion/>

1. Zum Politischen zurückfinden

Diese Forderung ist nichts Neues. Seit einigen Jahren gerät die Politik in unserem Land zusehends in Misskredit, was bestenfalls Desinteresse und schlimmstenfalls Wut zur Folge hat. Mit der Zeit wird die Kluft zwischen den Bürgern und ihren Vertretern und den Regierenden immer tiefer. Die Politikkrise ist zuallererst eine Krise des Vertrauens gegenüber jenen, die mit der Sorge für das Gemeinwohl und für das öffentliche Interesse betraut sind. Überzogene persönliche Ambitionen, wahltaktische Manöver und Spielchen, nicht eingehaltene Versprechen, ein scheinbar realitätsfernes politisches Personal, fehlende Pläne oder langfristige Visionen, parteipolitisches und demagogisches Gebaren sind durch nichts zu rechtfertigen und haben unerträgliche Ausmaße angenommen. Es geht nicht darum, von einer illusorischen Lauterkeit in Gesellschaft und Politik zu träumen. Aber es ist doch so, dass einige wenige mit ihrem Verhalten und dem Bild, das sie abgeben, all jene in Misskredit bringen, die das politische Engagement als einen Dienst für ihr Land betrachten. Und sicherlich muss man auch anerkennen, dass unsere Politiker vielleicht nicht anders sind als wir, und dass sie versuchen, unseren Interessen zu dienen. Im vergangenen Jahrhundert haben Robert Schuman, Edmond Michelet und viele andere herausragende, ehrbare Persönlichkeiten unterschiedlicher politischer Couleur die ganze Würde des politischen Amtes veranschaulicht. Heute gilt es, diejenigen zu unterstützen, die bereit sind, sich in diesem Geiste zu engagieren. In diesen Zeiten, in denen das Politische in Misskredit geraten ist, ist die Ernsthaftigkeit, mit der einige junge Menschen über den Sinn für das Politische nachdenken und sich zum Wohl des öffentlichen Interesses für Veränderungen einsetzen, ein Zeichen der Hoffnung.

Wenn die Politik heute funktionell und praktisch an schweren Missständen leidet, ist etwas Wesentliches verloren gegangen oder in Schieflage geraten. Und dafür ist nicht allein die politische Klasse verantwortlich. Unsere Gesellschaft, und darüber hinaus jede Form des Zusammenlebens, kommt nicht ohne das Politische aus. Das Politische kommt vor der Politik und beschränkt sich nicht auf die praktische Umsetzung. Es bekräftigt das Vorhandensein eines „wir“, das über den Einzelnen hinausgeht. Es legt die Bedingungen für das gesellschaftliche Miteinander fest, wohingegen die Politik die konkreten Maßnahmen, Strategien und Verfahren beschließt, was man als Machtausübung bezeichnet. In unseren demokratischen Ländern ist diese Machtausübung durch Wahlen legitimiert. Basieren muss sie auf dem Politischen, auf dem Streben nach Gemeinwohl und auf dem öffentlichen Interesse, das in einer aufrichtigen Debatte über die gemeinsamen Werte und Ziele ermittelt werden muss. Das Wort wurde schon allzu oft pervertiert, ausgenutzt und abgewertet. Viele wollen es notfalls mit Gewalt zurückerobern, weil sie den Eindruck haben, dass es ihnen entgleitet und dass sie sich nicht in ihren angeblichen Repräsentanten wiederfinden, die es für sich vereinnahmt haben.

2. Spannungen in der Gesellschaft

Unsere Gesellschaft scheint überreizt, zum Zerreißen gespannt zu sein, und diese Spannungen führen zu Reaktionen und Überreaktionen. Es besteht ein Bedürfnis, Erregung, Gefühle, Freud und Leid zum Ausdruck zu bringen. Das haben wir alle im Augenblick der verheerenden Terroranschläge gespürt, die unser Land in Trauer versetzt haben, und darüber hinaus auch während der verschiedenen Gedenkmärsche und Gedenkfeiern, bei denen unsere Mitbürger die kollektive Erschütterung gemeinsam durchleben und aus der Solidarität Kraft schöpfen konnten. Diese Augenblicke der intensiv erlebten Gemeinschaft

haben bei unseren Mitbürgern und in der Geschichte unseres Landes Spuren hinterlassen. Sicher kann man sich fragen, was mit der Zeit noch davon übrig bleibt, als wenn es unserer Gesellschaft, die sich oftmals in der Bilderfalle verfängt und sich vom Schein trügen lässt, an Innerlichkeit, Tiefe und Verwurzelung fehlte. Gleichwohl sind diese Kundgebungen ein Zeichen dafür, dass die Franzosen angesichts des Leids ihrer Landsleute nicht gleichgültig bleiben und dass sie deutlich ihr Bedürfnis nach Rückbesinnung und Einheit zum Ausdruck bringen wollen.

Diese sehr große Empfindsamkeit äußert sich auch angesichts sozialer und gesellschaftlicher Krisen. Die Spannungen können rasch zunehmen. Streit ist die Normalität, und die Kultur der Konfrontation scheint der des Dialogs zu weichen. Jeder, jede Gruppierung kapselt sich ab, während gegenseitige Beschuldigungen und Zerrbilder die Oberhand über den konstruktiven Austausch gewinnen und den lautesten Aktivisten mit ihren Beschimpfungen und sich gegenseitig überbietenden Versprechungen das Feld überlassen wird. Kaum eine Äußerung von Seiten einer Autorität findet noch Unterstützung. So gerät die nationale Einheit schnell ins Wanken.

In dieser angespannten Lage kommt den sozialen Netzwerken und den Medien, insbesondere dem Hörfunk und dem Fernsehen, eine bedeutende Rolle zu. Letztere können durch die Art der Darstellung der Dinge Einfluss nehmen und tragen Verantwortung für die Qualität der öffentlichen Debatte, wenn sie vereinfachte Parolen, Kurzformeln und Vorurteile einer gewissenhaften Analyse und einer respektvollen Debatte vorziehen. Man darf nicht immer auf die Quoten schauen. Gleiches gilt für die sozialen Netzwerke. Informationen und Meinungen verbreiten sich schnell. Und im Internet kann man das Beste und das Schlimmste finden. Jeder muss für die Wirkung seiner Worte Verantwortung übernehmen. Die sozialen Netzwerke können starke Plattformen für den Meinungs austausch, aber auch für Zwi tracht und Widerstand sein. Der enorme technische Fortschritt der letzten Jahrzehnte hat sehr starke Auswirkungen auf die Entwicklung unserer Gesellschaft. Jeder sollte sich fragen, inwieweit sich diese neuen Technologien auf seine Freiheit und sein persönliches Urteilsvermögen auswirken.

3. *Ambivalenzen und Paradoxien*

Das reiche Potenzial und die Vielfalt unserer Gesellschaft könnten so viele Chancen bieten, wenn ihr durch bestehende Paradoxien nicht immer der Atem genommen würde. Unablässig werden in allen Bereichen stärkere Schutzmaßnahmen gefordert und schnell wird jede vermeintliche Unzulänglichkeit der Behörden angeprangert. Gleichzeitig beschwert man sich, oftmals zu Recht, über immer stärkere Beschränkungen, die das Leben des einzelnen einengen und viele Initiativen verhindern. Die fortschreitende Verrechtlichung unserer Gesellschaft ist eine auffallende Entwicklung der letzten Jahre. Einerseits prangern wir legitimerweise das Bestehen rechtsfreier Räume an und andererseits stellen wir oftmals übereilt und im Zustand der Erregung ständig neue Regeln und Vorschriften auf, die häufig wirkungslos oder widersprüchlich sind. Nie zuvor gab es so viele Rechts-, Regulierungs- und Verwaltungsnormen in allen Bereichen, obwohl immer wieder Vereinfachungen versprochen werden. Wir müssen uns verabschieden von dieser Regulierungsmentalität und der ausschließlichen Logik des Vertrages, der alles regelt, um wieder Raum für Kreativität, Initiative, Austausch, Uneigennützigkeit zu schaffen. So bleibt etwa das Gebot der Vorsicht, das an sich ja sinnvoll ist, nicht ohne unerwünschte Folgen, wenn es zur festen, unflexiblen Norm wird. Wir müssen uns von dem Gedanken verabschieden, dass im Leben des einzelnen und im gesellschaftlichen Miteinander jegliche Risiken ausgeschlossen werden können. Sich auf das Leben einzulassen setzt immer wohlüberlegte Entscheidungen voraus,

die auch riskante und unplanbare Aspekte beinhalten. Es geht also darum, zu einem ausgewogenen Verhältnis von illusorischer maximaler Sicherheit und dem unerlässlichen Schutz der Grundfreiheiten zu finden.

Frankreich besitzt eine enorme Dynamik. Das sieht man in allen Bereichen, nicht zuletzt in der Wirtschaft, wo immer mehr innovative Start-ups entstehen. Man sieht es auch an den zahlreichen Solidaritätsinitiativen, die sich zumeist über Generationen hinweg für Obdachlose, Flüchtlinge und andere einsetzen. Es gibt Kreativität, Einfallsreichtum und Großzügigkeit in unserem Land. Dennoch ist es schwierig, Reformen durchzusetzen. Auch das veranschaulicht sehr gut die bestehenden Widersprüche. Alle sind sich einig darüber, dass unser Land einen enormen Reformbedarf hat, aber jedes Vorhaben in diese Richtung wird im Keim erstickt. Es ist immer der andere, der die Initiative ergreifen muss. Unser Land reagiert mit Standesdenken und Eigeninteressen, und niemandem gelingt es, eine Begeisterung zu entfachen, die alle mitreißt. Das Potenzial an Energie und Solidarität bleibt ungenutzt, findet weder einen Ansatzpunkt noch einen Katalysator, der eine Entfaltung beschleunigen und zu Ergebnissen führen würde. Die Gestaltung des Gemeinwohls ist schwierig, und noch schwieriger ist die Wahl der Mittel, mit denen man auf das Gemeinwohl hinarbeiten will. Die Autorität des Staates disqualifiziert sich Schritt für Schritt und viele Menschen haben das Gefühl, keinen Einfluss mehr auf den Lauf der Ereignisse zu haben.

So scheint der Gesellschaftsvertrag, der das Zusammenleben im Staatsgebiet der französischen Republik regelt, in der jetzigen Form nicht mehr zu funktionieren. Warum? Weil die Versprechen des Vertrags nicht eingehalten werden. Er muss erneuert, neu geknüpft, neu bekräftigt werden. Er muss neu festgelegt werden.

4. Den Gesellschaftsvertrag überdenken

Die Bedingungen des gesellschaftlichen Miteinanders entsprechen nicht mehr den Erwartungen der einzelnen Menschen. In einer Gesellschaft, in der der Einzelne und nicht die Gemeinschaft das Maß aller Dinge ist, besteht ein Gefühl der Enttäuschung gegenüber dem Wohlfahrtsstaat, dem es nicht gelingt, die Erwartungen zu erfüllen.

So ist es beispielsweise mit dem Gefühl der sozialen Sicherheit und des sozialen Fortschritts, das unsere Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg in hohem Maße erlebt hat. Die aufeinander folgenden Generationen konnten geradezu in der Gewissheit leben, ein besseres Leben als ihre Eltern zu führen. Dieses Gefühl ist heute nicht mehr so stark ausgeprägt. Man kann sagen, dass es eine gesellschaftliche Verunsicherung unter den Franzosen gibt, die noch mehr als alle anderen Europäer eine Verschlechterung des Lebensstandards fürchten. Diese Verunsicherung ist in einigen Fällen begründet und in manch anderen Fällen nur eine Empfindung oder Befürchtung. Der Arbeitsplatz bietet nicht mehr die hohe Schutzfunktion wie früher. Nicht selten zieht sich die Arbeitslosigkeit durch zwei oder drei Generationen einer Familie mit allen Konsequenzen, die man sich vorstellen kann. Die Sozialversicherungssysteme stoßen an ihre Grenzen. Selbst die einfachsten Bezugspunkte des gesellschaftlichen Lebens verschwinden, beispielsweise die Nahversorgung in den Dörfern in Form von Lebensmittelgeschäft, Poststelle, Arzt, Pfarrer.

Zu dem Gefühl der Verunsicherung gesellt sich auch ein Gefühl der Ungerechtigkeit. Diesbezüglich sind die Ergebnisse einer aktuellen Umfrage sehr aufschlussreich.⁶ Demnach hat die Mehrheit der Franzosen das Gefühl, in zunehmend ungerechten gesellschaftlichen

⁶ Gemeinsame Umfrage von CSA (Meinungsforschungsinstitut) und La Croix, Februar 2016.

Verhältnissen zu leben. Die französische Gesellschaft sorgt sich über Ungerechtigkeit und versteht zum Beispiel nicht recht, dass einzelne hochrangige Manager unverschämte hohe Vergütungen beziehen, während die überwiegende Mehrheit der kleinen Unternehmen um ihr Überleben kämpft. Aber die größte Ungerechtigkeit, der im gesellschaftlichen Miteinander absolute Priorität eingeräumt werden müsste, ist die Arbeitslosigkeit.

Im letzten Jahresbericht vom November 2015 kommt *Secours Catholique* zu der Besorgnis erregenden Feststellung, dass die Armut in unserem Land unablässig steigt, mit der Folge, dass auch die Ausgrenzung und die Auflösung der sozialen Strukturen sowie die Stigmatisierung der Armen zunehmen.

In dieser Verunsicherung blicken die Menschen in eine unberechenbare Zukunft. Weniges scheint sicher und gewiss zu sein. Man denke nur an das Gefühl der Unsicherheit, das geschürt wird durch Gewalt, Verrohung und Aggressionen, die sich nicht ausschließlich, aber meistens in den Städten ausbreiten und im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung nur einen vergleichsweise kleinen Teil der Menschen betreffen. Und schließlich trägt auch die Weltlage nicht zur Beruhigung der Menschen bei. Der Horizont ist voller Fragezeichen: Fragen, die der Islam aufwirft, seine Präsenz in unserem Land, Angst vor Terrorismus, die Migrantenströme..., aber auch radikale Fragen im Hinblick auf den Klimawandel und auf ökologische Veränderungen tragen zur Destabilisierung und Beunruhigung vieler bei.

Noch schwieriger ist die Situation für diejenigen, die sich in der ein oder anderen Form nicht mehr als Partner des Gesellschaftsvertrags fühlen. Das sind all jene, die von den sozialen Sicherungssystemen ausgeschlossen sind, wie Langzeitarbeitslose, Obdachlose, Menschen in prekären Lebenslagen, die sich, um den Titel der 2013 erschienenen Dokumentation „*Au bord du monde*“ aufzugreifen, am Rand der Welt befinden. Diese Menschen, die unbeachtet von der Öffentlichkeit nach und nach an den Rand gerutscht sind, wieder in die nationale und bürgerliche Gemeinschaft zu integrieren, ist der tägliche Kampf, den viele christliche und andere Organisationen führen. Einige von ihnen, wie *Secours Catholique*, bemühen sich darum, aus der Logik der simplen Hilfe auszubrechen und die Betroffenen mitentscheiden zu lassen, sie in die Arbeit einzubeziehen, anstatt nur etwas für sie zu tun. Initiativen dieser Art sind wichtig, weil sie den Betroffenen helfen, ihre Würde wieder zu erlangen, und weil sie zeigen, dass jeder etwas zum sozialen Gefüge beitragen kann.

Weniger offensichtlich, aber dennoch sehr Besorgnis erregend im Hinblick auf die Zukunft ist die Tatsache, dass die jungen Menschen große Schwierigkeiten haben, auf den Arbeitsmarkt zu gelangen. Viele haben das Gefühl, nicht von der Gesellschaft gebraucht zu werden, in der Gesellschaft keinen Platz zu haben und nur für die Finanzierung der Altersrenten herhalten zu müssen. Das System schürt in seiner jetzigen Form bei vielen von ihnen eine enorme Frustration. Der Freiwilligendienst trägt dazu bei, gegen dieses Gefühl anzukämpfen, und findet großen Anklang bei den 16- bis 25-Jährigen, die sich immer zahlreicher engagieren. Er gibt ihnen die Möglichkeit, unter anderem in den Bereichen Bildung, humanitäre Hilfe und Umweltschutz zur Stärkung des nationalen Zusammenhalts beizutragen. Hinter dem Freiwilligendienst steckt der gute Gedanke, das Interesse am gesellschaftlichen Leben zu wecken. Doch trägt er weder zur Verbesserung der Beschäftigungslage noch zur Qualifizierung der jungen Menschen bei, und er darf auch nicht die Akteure im sozialen Bereich von ihrer Verantwortung gegenüber den jungen Generationen lossprechen.

Zu den Teilen der Bevölkerung, die Mühe haben, sich als Partner des Gesellschaftsvertrags zu fühlen, gehören nicht zuletzt auch die Menschen ausländischer Herkunft, die erst seit kurzem oder seit vielen Jahren in Frankreich leben und denen es nicht gelingt, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden.

So haben die oft beschworenen Werte der Republik „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ in all diesen Situationen für viele unserer Mitmenschen auf dem Boden unserer Nation einen hohlen Klang.

5. Kulturelle Verschiedenheit und Integration

Die Erneuerung des Gesellschaftsvertrags wird heute unter anderem auch durch die Verschiedenheit der Kulturen erschwert. Denn die Globalisierung hat nicht nur den Wirtschaftsraum erweitert und unser Verhältnis zu Zeit und Raum verändert, sondern sie hat das Leben auch komplexer gemacht, wobei die zunehmende Vermischung der Gesellschaften einerseits interessante und bereichernde Begegnungen ermöglicht und andererseits zu einer kulturellen Verunsicherung und Identitätskrisen führt, die bis zur Ablehnung des Andersartigen reichen können.

Lange Zeit hatte Frankreich eine sehr genaue Vorstellung davon, was die nationale Identität ausmacht, die einen Bürger Frankreichs im Schmelztiegel der Republik prägen sollte, in dem er sich den Gedanken von einem Land mit gemeinsamen historischen und kulturellen Bezugspunkten zu eigen macht. Die Globalisierung hat diese Vorstellung von einer homogenen Nation auf den Kopf gestellt – einem politischen Gebilde, dessen Entstehung durch autoritäre Zentralisierung und Vereinheitlichung und häufig unter Auslöschung anderer Bezugspunkte größtenteils erzwungen wurde. Die homogene Nation bedeutete auch, dass Besonderheiten von gesellschaftlichen Gruppen und insbesondere Religionen im Hintergrund standen. Doch heute wird dieser Schmelztiegel, der über Jahrhunderte recht gut funktioniert hat, seiner Integrationsfunktion nicht mehr oder nicht mehr schnell genug gerecht und die Vorstellung von einem einenden „nationalen Narrativ“ wird weitgehend angezweifelt und in Frage gestellt. Die Identitäten und Unterschiede werden zur Schau getragen und die Forderungen und Ansprüche einzelner gesellschaftlicher Gruppen laufen der Idee von einer homogenen Nation zuwider. Folglich wird es immer schwieriger, klar zu definieren, was ein Bürger Frankreichs ist, ein Bürger, der eine Geschichte, Werte und einen Plan verinnerlicht und teilt. So sind einige nicht Teil des französischen Modells. In der Schicksalsgemeinschaft bleiben sie außen vor. Andere werden nur schwer mit diesem Gefühl des Identitätsverlusts fertig. Das ist der Nährboden für Rassismus auf allen Seiten.

Viele unserer Mitbürger betrachten die arabisch-muslimische Welt als eine Gefahrenquelle: Terrorismus, Bekehrungseifer, internationale Spannungen, aber auch Stellung der Frau, die Situation der Christen im Nahen Osten usw. Und es besteht ein Risiko, dass legitime Sicherheitsfragen ausschließlich durch eine kulturelle Brille betrachtet werden. Fehlender Bürgersinn, Gewalt, Kommunitarismus, Rekrutierung... all diese Elemente verschmelzen im Angesicht des Fremden.

Daher wäre es zweckmäßig, für die Zukunft unserer Gesellschaft neu zu definieren, was es bedeutet, ein französischer Staatsbürger zu sein, und darüber hinaus ein sinnvolles Zusammenleben zu fördern. Es stellt sich also die Frage, wie wir mit der Vielfalt in unserer Gesellschaft umgehen. Wie kann in Anbetracht der vielfältigen Zugehörigkeiten und Einzelidentitäten die nationale Identität fortbestehen? Zu einem solchen Thema, das einer umfassenden Debatte unter Beteiligung aller Teile der Gesellschaft bedarf, kann das Christentum seine immer wieder erneuerten Erfahrungen aus zweitausend Jahren beitragen, die es mit der Aufnahme und Integration verschiedener Völker und Kulturen gesammelt hat, wobei eine Identität geschaffen wurde, die andere Zugehörigkeiten nicht in Abrede stellt.

6. Die Bildung im Angesicht brüchiger und eingeforderter Identitäten

Die zunehmende Vermischung der Gesellschaften ist zu einem zentralen Merkmal der Globalisierung in unserer Zeit geworden. Diese neue Wirklichkeit lässt bei Menschen und Gesellschaften echohaft das tiefe Bedürfnis aufkommen, jedes Mal, wenn ihre Identität erschüttert oder bedrängt wird, die Verschiedenheit wieder herzustellen. Diese Frage der Identität lässt unserer französischen Gesellschaft keine Ruhe. Und viele unserer Mitbürger fragen sich mehr oder weniger vage: Wer bin ich tatsächlich? Woran glaube ich? Welche Werte prägen mich und welche Werte sind mir wichtig? Worauf sind sie begründet? Wem fühle ich mich zugehörig und verbunden? Und allgemeiner auf der Ebene der gesamten Nation sind es dieselben Fragen: Welche Identität haben wir eigentlich? Woraus nährt sich eine nationale Identität? Aber auch, welchen Sinn hat das Zusammenleben, welche Anerkennung, welchen sozialen Nutzen? Das sind wichtige Fragen, weil wir wissen, dass die Identität für Verwurzelung sorgt, zur Geschichte gehört und gleichzeitig den Zugang zu einer Gruppe ermöglicht. Es ist sehr wichtig, dass unsere Gesellschaft diese Fragen aufgreift, um zu erkennen, was unser Land aufgebaut und geprägt hat, aber auch um den Reichtum zu bemessen, den ihm die vielfältigen Identitäten bescheren können, indem sie inmitten dieser Vielfalt Gemeinsamkeiten zutage treten lassen. Die Suche nach Identität und die Behauptung der Identität dürfen nicht dazu führen, dass man sich abkapselt. Mehr noch als Schutz brauchen wir für das Leben in der heutigen Zeit Haltung.

In dieser Hinsicht macht uns der Weg jener jungen Menschen französischer Nationalität und zumeist, aber nicht immer, arabischer Herkunft betroffen, die nach Syrien oder in den Irak gegangen sind, um für Daesch zu kämpfen. Es mag verschiedene Erklärungsansätze dafür geben. Weitgehend erwiesen ist jedoch, dass die betreffenden Jugendlichen von Strukturlosigkeit geprägt sind, dass sie ihren Platz in der Gesellschaft nicht gefunden haben und dass einige von ihnen zuvor schon in die Kleinkriminalität abgeglitten waren. In vorgefertigten Denkmustern und in einem radikalen Engagement finden sie eine Möglichkeit, ihrem Leben unmittelbar einen Sinn zu geben, aus der Armseligkeit ihrer Existenz herauszubrechen und die Gesellschaft, in der sie sich nicht einfügen konnten, in Frage zu stellen. Ohne ihre Verantwortung und die der Hintermänner, die ihr Schicksal manipuliert haben, in irgendeiner Weise verharmlosen zu wollen, muss man sich fragen, warum die Integration nicht gelungen ist und wie unsere Gesellschaft es zulassen kann, dass junge Menschen sich in derartige mörderische Abenteuer stürzen.

Dazu reicht es nicht aus, unsere Gesellschaft in den Blick zu nehmen und festzustellen, dass sie pluralistisch geworden ist. Vielmehr muss der Fokus auf die Krise gerichtet werden, die seit mehreren Jahrzehnten unser Bildungssystem durchdringt. Die Familie hat als erster Bildungsort die Aufgabe, das Kind nicht abzukapseln und ihm den Weg in eine menschliche Gemeinschaft zu bereiten, die noch größer als das ursprüngliche Lebensumfeld ist. Diese Bildungsarbeit wird nicht von der Familie vollendet, sondern sie wird bis zum Erwachsenenalter in der Schule fortgeführt, die der ideale Ort für Sozialisierung und Gewaltprävention ist. Doch die Bildungsaufgabe ist noch weitreichender: über die notwendige Wissensvermittlung und die nicht minder notwendige Vermittlung von Kompetenzen hinaus muss die Schule den Jugendlichen die Welt erschließen, und zwar über die Kultur, da sie als einzige den Dialog zwischen den Kulturen ermöglichen kann.

In unserer Gesellschaft, die im Hinblick auf ihre christliche Geschichte in fundamentalen Aspekten ihres Erbes zutiefst schuldig ist, besteht der christliche Glaube neben einer großen Vielfalt an Religionen und geistigen Haltungen. Wir laufen Gefahr zu vergessen, was uns ausmacht, oder umgekehrt, von der Rückkehr in ein imaginäres goldenes Zeitalter zu träumen oder uns nach einer Kirche der Reinen und nach einer Gegenkultur außerhalb der

Welt in einer erhabenen urteilenden Position zu sehen. Eine derartige Gegenkultur ist in der christlichen Offenbarung nicht vorgesehen, weil sie von Anfang an eine Allianz mit der Vernunft bildet und die „Saat des Wortes“ in der Kultur erkennt, die nach den Worten von Papst Johannes Paul II. darin besteht, dass „der Mensch immer mehr Mensch wird“ (Ansprache an die UNESCO, 2. Juni 1980).

7. Die Frage nach dem Sinn

Für eine Erneuerung des Gesellschaftsvertrags reicht es nicht aus, einfache Ergänzungen und Korrekturen vorzunehmen, nur damit jeder seine Interessen gewahrt sieht. Das gesellschaftliche Leben kann nicht die Summe der aneinandergereihten Existenzen und Interessen sein. Es untersteht nicht nur einer simplen Verwaltung. Und genau dieser Tatsache gilt es wohl ins Auge zu blicken. Unsere französische Gesellschaft befindet sich in einer schweren Sinnkrise. Das Politische kann der Sinnfrage nicht ausweichen und muss in dieser Sache Position beziehen. Und das selbstverständlich nicht, indem es jedem sagt, was er zu denken und zu glauben hat, sondern indem es den Sinnhorizont absteckt und die Bedingungen für eine immer wieder neu zu führende Debatte darüber festlegt, was das Land zusammenhält, und dafür Sorge trägt, dass nichts in dieser Debatte aus dem ein oder anderen Grund ausgespart wird.

Seit etwa fünfzig Jahren verschwindet die Sinnfrage nach und nach aus der politischen Debatte. Die Politik hat sich zur Verwalterin, Händlerin und Beschützerin von immer mehr individuellen und persönlichen Rechten gemacht und die gemeinschaftlichen Pläne vernachlässigt. Der Fortschritt, das Wachstum und die Entwicklung unseres Landes werden geschäftsmäßig verwaltet, ohne dass man sich mit dem Wozu beschäftigt. Wohlstand und Konsumgesellschaft haben diese Distanzierung von der Sinnfrage begünstigt. Aufgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, des sinkenden Wohlstands, der steigenden Arbeitslosigkeit und der zunehmenden Verunsicherung im Zuge der Globalisierung wurde diese Rolle des einfachen Verwalters und Schlichters seit Mitte der neunzehnhundertsiebziger Jahre immer schwieriger, weil auf die grundlegenden Fragen des gesellschaftlichen Lebens keine Antworten gefunden wurden. Ein Ideal des Konsums, des Gewinns, der Produktivität, des Bruttoinlandsprodukts, der an sieben Tagen pro Woche geöffneten Geschäfte kann die tiefsten Sehnsüchte des Menschen nicht befriedigen, nämlich als einzelne Person in einer solidarischen Gemeinschaft Erfüllung zu finden.

Dazu kommt noch eine andere wichtige Entwicklung, die unser Verhältnis zur politischen Gemeinschaft bestimmt. Nach und nach brachte die Modernität eine neue Seinsform hervor, wobei sich jeder sein eigenes sinnstiftendes System errichtet, unabhängig von Autoritäten, die traditionell die Bezugspunkte vorgegeben haben. Die Netzwerke haben, wie bereits erwähnt, erheblich an Bedeutung gewonnen. Die normative Ordnung wird nicht mehr von oben auferlegt, sondern bildet sich auf horizontaler Ebene heraus. Die politischen Parteien haben nicht länger den alleinigen Anspruch auf die Organisation von Debatten und Beratungen. Jeder glaubt, sich vor dem Bildschirm zu allen Themen seine eigene Meinung bilden und in den neuen Foren des gesellschaftlichen Lebens eingreifen zu können, wann und wie er will.

Welche Erkenntnis ist daraus zu ziehen? Dass es der Gesellschaft zunehmend schwerer fällt, das „ich“ mit dem „wir“ auszusprechen. Auch wenn in Reden nachdrücklich das Gegenteil behauptet wird, scheint es schwieriger zu sein, die Vision von einer Gemeinschaft zu entwickeln. Das „ich“ scheint hinreichend berücksichtigt zu sein, aber es tut sich schwer, ohne echten Plan und Horizont seinen Platz in der Gemeinschaft zu finden. Wie kann man

ein „wir“ schaffen, das nicht das „ich“ eliminiert, sondern ihm ausreichend Platz einräumt? Anders gesagt, allein durch die geschäftsmäßige Verwaltung bringt man Individuen nicht dazu, sich der Gemeinschaft zugehörig zu fühlen.

Man sieht es zum Beispiel am europäischen Projekt. Nach seiner Gründung hat es allen Widerständen zum Trotz lange Zeit mobilisierend gewirkt. Es entstand dank einer Hand voll Menschen, die Realisten und zugleich Visionäre waren, die auf der Grundlage von Diskussionen, Verhandlungen und gegenseitigem Respekt daran geglaubt haben. Heute scheint sich dieses politische Projekt in einem Verwaltungs-, Handels- und Regulierungsapparat verloren zu haben, der niemanden mehr interessiert. Die Errungenschaften der Europäischen Union drohen in Vergessenheit zu geraten, nicht nur der Frieden in einer Region, die über so lange Zeit immer wieder von Kriegen heimgesucht worden war, sondern auch die offenen Grenzen und die gegenseitige Bereicherung durch die Freizügigkeit der Bürger, den freien Warenverkehr und den freien Meinungs austausch. Das europäische Projekt muss wieder aufgenommen und mit politischem und demokratischem Leben erfüllt werden. Die einzelne Nation kann ihre Herausforderungen nicht allein bewältigen, und ein neu überdachtes europäisches Projekt kann und muss die nationalen und regionalen Identitäten respektieren und ihnen Freiraum für die Willensbekundung gewähren. Ein richtiger Zusammenhalt lässt die Vielfalt nicht außen vor, sondern bringt sie zum Nutzen der Gemeinschaft zur Entfaltung. Diese Aussage läuft vielen gängigen Sichtweisen zuwider. Ein derartiges Vorhaben bedarf wahrer Europäer, die politischen Mut und Kreativität beweisen, die die nationale und die europäische politische Bühne nicht gegeneinander ausspielen. Wir sind davon überzeugt, dass es für unser Land nur in einem starken Europa eine Zukunft geben kann, das sich seiner Geschichte und seiner Verantwortung in der Welt bewusst ist.

In der globalisierten Welt von heute, der Strukturen, Grenzen und viele Orientierungspunkte abhandengekommen zu sein scheinen, in der die Identitäten brüchig geworden sind und die Zukunft nicht mehr zum Träumen einlädt und man ihr nur schwer etwas Positives abgewinnen kann, überrascht es nicht, dass uns die Frage nach dem Sinn mit voller Wucht trifft und dass die Schwäche des Diskurses und der politischen Überlegungen zutage tritt. Doch genau an dieser Stelle müssen das politische Wort und der politische Plan ansetzen. Weitergehend gedacht stellt sich hier nur die einzige Frage: Wofür lohnt es sich heute zu leben? Wofür bin ich heute bereit, mein Leben zu geben? Die Antwort ist sicherlich sehr persönlich und intim, aber sie sagt etwas über das Gemeinschaftsleben aus und über die Werte, von denen die Gesellschaft sich leiten lässt. In dieser Hinsicht ist es immer hilfreich zu schauen, welchen Platz eine Gesellschaft den Schwächsten in ihrer Mitte einräumt, um Erkenntnisse über ihren Zustand zu gewinnen und darüber, was sie in ihren Grundlagen festhält. Die Schwächsten sind uns dabei behilflich, den Sinn für das Wesentliche, den Sinn für den Menschen, wiederzufinden, den jede Gesellschaft schützen muss.

Sich auf dieses persönliche und gemeinschaftliche Abenteuer einzulassen, setzt ein aus sich Herausgehen und großen Mut der Beteiligten voraus. Dabei besteht bekanntermaßen immer die Gefahr der Abschottung, die dazu führt, dass alle gleich denken und handeln. Auch kann die legitime Sorge aufkommen, dass man einseitig belastet wird und dass man ohnehin nichts ändern kann. Dabei wird außer Acht gelassen, dass man auch mit wenigen Beteiligten, etwas bewegen, eine neue Richtung einschlagen und den scheinbar festgefahrenen Gegebenheiten mit neuem Schwung begegnen kann. Das erfordert auch, dass wir unser Verhältnis zur Zeit überdenken. In unserer Welt der Unmittelbarkeit könnte man denken, die Dinge ließen sich allein mit gutem Willen rasch in Bewegung setzen. Aber hier ist die Geduld des Sämanns gefragt. Es braucht Zeit, um althergebrachte Vorstellungen

und Einstellungen zu ändern, um Pläne auszuarbeiten, abzustimmen und umzusetzen. Man muss sich auf ein langfristiges Vorhaben einlassen.

8. Eine Krise des Wortes

Ist diese Krise des Politischen nicht auch vor allem eine Krise des Wortes? Wir wissen, dass gesellschaftliches Miteinander auf dem Vertrauen in das gegebene Wort beruht. Deshalb bevorzugt man Orte, die den Bürgern in verschiedener Form ein Sprachrohr geben, die Austausch, Verständigung, Vermittlung usw. ermöglichen und dem Politischen seine Glaubwürdigkeit zurückgeben können. Das Wort gibt den Menschen die Möglichkeit, sich gegenseitig zu sagen, was ihnen wichtig ist. Kein langfristiges Projekt kommt ohne Dialog aus. Die Politik ist daher der entscheidende Ort, an dem das Wort zur Anwendung kommt. Dort, wo der Konflikt nicht ausgesprochen wird, wo die Wahrheit verdreht oder vertuscht wird, droht Gewalt aufzukeimen. Die Debatte ist der bevorzugte Ort, an dem diverse mitunter gegensätzliche Behauptungen aufgearbeitet werden. Man ändert seine Positionen und wird sich ihrer bewusst. Lüge, Korruption, die Nichteinhaltung von Versprechen und alles, was das Wort pervertiert, hat schwerwiegende Konsequenzen. Und dort befinden wir uns heute. Zwischen dem „es reicht“ derer, die nicht mehr an die Politik glauben und das Interesse am öffentlichen Leben verlieren, und jenen, die voller Wut die bestehenden Verhältnisse umstürzen wollen und sich dem Extremismus zuwenden, wird der Handlungsspielraum für die Relegitimierung des öffentlichen Wortes immer enger.

Wie geht man um mit dem Widerstand, mit der Gewalt, die jede politische Auseinandersetzung begleitet? Wie kann man seine Überzeugungen gegenüber einer Gesellschaft behaupten, die sie nicht versteht und kaum in Erwägung zieht? Die Überzeugungen sind notwendig, aber wie kann man sie in die ebenfalls notwendige und unverzichtbare Diskussion einbringen und nicht letzten Endes in eine antidemokratische Haltung verfallen? Wie kann man ein prophetisches Wort formulieren, das frei von Lobbyismus oder vehementer, steriler Opposition ist? Austausch und bevorzugte Räume des Dialogs, die dringender als je zuvor benötigt werden, setzen unendlich viel Fingerspitzengefühl, Flexibilität und Anpassungsfähigkeit voraus, auch dann noch, wenn die Spannungen in Gewalt und Abschottung übergehen. Tatsächlich ist die Zeit vorbei, in der Debatten oder auch Konfrontationen sich in einem System gemeinsamer kultureller, historischer, anthropologischer Bezugspunkte abspielten. Die Debatte über die „Eheschließung für alle“ und alle ethischen Fragen im Hinblick auf den Beginn und das Ende des Lebens haben es gezeigt: Eine gemeinsame anthropologische Vision gibt es heute nicht mehr oder kaum noch in unserer Gesellschaft. Alles scheint anfechtbar und diskussionsbedürftig zu sein. Alle Positionen wollen gleichermaßen gehört, respektiert, als legitim anerkannt werden. Eine der Schwierigkeiten besteht darin, in einer Meinungsdemokratie, in der alles – selbst anthropologische Fragen – durch Abstimmung entschieden wird, zu Wort zu kommen und gehört zu werden. Alle Seiten bedienen sich derselben Begriffe, ohne dieselben Inhalte, Realitäten und Auswirkungen daran zu knüpfen. So ist es beispielsweise mit dem oft verwendeten Wort „Würde“, das so unterschiedlich ausgelegt wird.

Das Politische ist ständig gefordert, entsprechend dem jeweiligen Zustand der Gesellschaft auf ein provisorisches Gleichgewicht zwischen den gegensätzlichen Interessen hinzuwirken. Das Problem liegt sicherlich darin, dass der Kompromiss, der oftmals das kleinere Übel ist und trotz allem der großen Mehrheit das Zusammenleben ermöglicht, von den ein oder anderen unter tausendfacher Beteuerung guter Beweggründe als unbefriedigende Lösung erachtet wird, die zu weit oder nicht weit genug geht, so dass es zwangsläufig zu neuen

Konfrontationen kommt. Der Kompromiss bedeutet immer auch, Zugeständnisse zu machen. Daher trägt er in den Augen mancher zur Abwertung des Politischen bei. Die wirkliche Funktion des Kompromisses, der die unverzichtbare und vornehmste Aufgabe der politischen Debatte ist, wird völlig verkannt. Der echte Kompromiss ist mehr als eine Zwischenlösung und das simple Resultat eines erzwungenen Verhältnisses. Man geht von unterschiedlichen Positionen aus, tritt in einen echten Dialog ein, nicht um die Oberhand zu gewinnen, sondern um gemeinsam etwas anderes zu schaffen, wobei sich niemand verleugnen muss und das Ergebnis zwangsläufig von den ursprünglich anvisierten Zielen abweicht. Dabei darf es nicht darum gehen, sich mit Wahrheiten zu konfrontieren, sondern gemeinsam wahrhaftig nach Lösungen zu suchen.

In den zum Teil komplizierten Debatten in unserer Gesellschaft ist jeder dafür verantwortlich, klar auszusprechen, was aus seiner Sicht dem Zusammenleben zuträglich zu sein scheint. Alles, was den Menschen antastet, darf uns Katholiken nicht gleichgültig lassen. Das bedeutet Interesse an den Sehnsüchten unserer Mitmenschen, aber auch innere Freiheit, die mit dem Mut des Heiligen Geistes zum Ausdruck kommen muss, auch und vor allem wenn sie den gängigen Denkweisen und vorgefertigten Ideologien jeder Richtung zuwiderläuft. Dieses Engagement kann je nach Sachlage verschiedene Formen annehmen, muss aber immer von einem echten Respekt gegenüber den Andersdenkenden getragen sein. Wenn gelegentlich eine gewisse Standhaftigkeit erforderlich ist, darf diese nie zu Verbissenheit und Blockade führen. Sie muss ein festes Angebot auf der Grundlage des geduldigen Vertrauens sein, das Gott in den Menschen hat. Der gesellschaftliche Dialog muss immer wieder neu angestoßen werden. Und die Christen müssen gemeinsam mit den anderen in einer fragilen, schwierigen Gesellschaft über die Demokratie wachen.

9. Für ein richtiges Verständnis der Trennung von Staat und Kirche

Das Phänomen der Säkularisierung beschäftigt weite Teile Westeuropas und der Einfluss der Religionen auf die Gesellschaft geht überall zurück. Nur ist die Lage in unserem Land noch etwas komplizierter. Das wird daran sichtbar, dass es äußerst schwierig ist, im öffentlichen Raum friedlich über Religion zu sprechen. Religiöse Themen haben es schwer, ihren Platz in der Kultur des einzelnen und des Bürgers zu finden. Darüber hinaus können sich manche schwer vorstellen, dass die Religion etwas Positives zum gesellschaftlichen Leben beitragen kann. Sie bezweifeln, dass die Religion für den guten Zustand des gesellschaftlichen Gefüges wichtig ist.

In diesem Punkt steht der Begriff der Laizität in unserem Land im Mittelpunkt der Debatte, weil jeder etwas anderes darunter versteht. Im strengen und ursprünglichen Wortsinn bedeutet Laizität Trennung zwischen der religiösen und der politischen Institution. Die Kirche wirkt nicht auf den Staat ein und der Staat wirkt nicht auf die Kirche ein. Und die staatliche Schule, die jedem offen steht, ist von jedem religiösen Einfluss frei. In der Vergangenheit hat die Laizität einige problematische Fragen effektiv geregelt. Daher sollte man einmal genauer darauf schauen, was sie zur Lösung der aktuellen Probleme beitragen kann.

Dieses Thema sorgt in unserer Gesellschaft zweifellos für Spannungen und hat viel mit der Selbstbehauptung der Religionen, insbesondere des Islam, zu tun. Wir leben in einer Gesellschaft, in der die Religionen tatsächlich nicht mehr das Leben der Bevölkerungsmehrheit strukturieren. Unser Land wird in Aufregung versetzt durch eine Debatte, in der sich die Verfechter eines eng gefassten Laizitätsbegriffs, die in jeder Religion einen potenziellen Feind der Republik und der menschlichen Freiheit sehen, und die Befürworter einer offenen Laizität gegenüberstehen, die die Republik als Garantin der

Glaubensfreiheit, der freien Glaubensäußerung und der positiven Wirkung der Religionen auf das Leben in unserem Land sehen. Die Laizität des Staates ist ein juristischer Rahmen, der den Gläubigen aller Religionen und den Nichtgläubigen ein Zusammenleben ermöglichen muss. Sie darf nicht über das Ziel hinausschießen und eine religiöse Neutralität der Gesellschaft anstreben, indem das Religiöse aus dem öffentlichen Raum in den privaten Bereich verwiesen wird, wo es verborgen bleiben muss. Ein solcher Plan wäre verhängnisvoll für die Gesellschaft. Denn er verliert die Menschen aus den Augen und erzeugt Frustration gegen den Kommunitarismus. Letztendlich entzieht er dem Land einen wertvollen Aspekt des gesellschaftlichen Lebens. Jetzt da es nötig ist, dass die französische Gesellschaft sich sammelt, muss diese Debatte wieder in Ruhe angegangen werden, wobei eine nutzlose Instrumentalisierung durch die Politik vermieden werden muss.

Diese Krise des Politischen, die wir hier in einigen Aspekten beleuchtet haben, hat aber nicht nur Schattenseiten. Wie jede Krise birgt sie auch Erwartungen und Möglichkeiten.

10. Ein Land in Wartehaltung und reich an Möglichkeiten

Verblüffend ist, wie sehr sich unsere Mitbürger mitunter vage nach Veränderung sehnen. Viele sehen das Land betrübt in einem Zustand der Lähmung, der verhindert, dass es neuen Schwung und Zusammenhalt erlangt. Die Abkehr der Franzosen vom politischen System bedeutet aber nicht, dass sie sich nicht mehr für die Themen des gesellschaftlichen Zusammenlebens interessieren, sondern vielmehr, dass sie sich neue Formen des bürgerlichen Engagements wünschen.⁷ Das Wesen des Politischen und seine Notwendigkeit für das Zusammenleben wiederzufinden setzt voraus, dass man aktiv wird, dass man sich dafür entscheidet und dass man es zulässt. Die geeigneten Konzepte werden nicht vom Himmel fallen und auch eine neu an die Macht kommende Persönlichkeit wird sie nicht aus dem Ärmel schütteln. Vielmehr ist es die Aufgabe und die Verantwortung aller, diese Konzepte zu entwickeln. Jeder an seinem Platz ist ein Teil des nationalen Gefüges, und wir müssen alle unser Verhalten überdenken. Wir müssen uns eine neue Einstellung und eine neue Denkweise aneignen.

Unser Land ist reich an Möglichkeiten, befindet sich aber in einer Wartehaltung. Es ist zum Beispiel in Europa eines der Länder mit dem ausgeprägtesten Vereinsleben. Es steckt voller Fähigkeiten und Tatkraft, die nur darauf warten, zugunsten des öffentlichen Interesses freigesetzt zu werden. Daher ist es Zeit, dass unser Land sich wieder findet. Überall entstehen Bürgerinitiativen, besteht der Wunsch, sich zu äußern (Bewegungen wie *Les Veilleurs*, *Cercles du silence*, *Nuits debout*...). Sie sind mitunter unbeholfen, unbedarft oder werden instrumentalisiert, aber sie bringen alle den Wunsch nach Leben und nach Gehör zum Ausdruck. Sie stehen häufig mit dem Aufkommen neuer Lebensformen in unserer Gesellschaft im Zusammenhang. Auch im Bereich des interkulturellen Dialogs gibt es zahlreiche neue Gruppierungen und Vereinigungen wie *Coexister*, die mit viel Elan gegen kulturbedingte Rivalitäten und Blockaden ankämpfen, in der Überzeugung, dass interkulturelle Begegnungen möglich sind und dass sie das gesellschaftliche Leben bereichern. Auf einer anderen Ebene ist deutlich spürbar, dass die Fragen der Ökologie und des Umweltschutzes unsere Vorstellungen vom gesellschaftlichen Miteinander grundlegend verändern und eine Hinwendung zur Bescheidenheit, zur Mäßigung und zu einer Haltung des Teilens bewirken. Genau das wollte Papst Franziskus im vergangenen Jahr in seiner Enzyklika *Laudato si'* zum Ausdruck bringen, die weit über die katholische Kirche hinaus

⁷ Cf. die Umfrage von Viavoice und La Croix, Mai 2016, in der 60 % der Franzosen angaben, dass sie sich für Politik interessieren.

großen Anklang fand.⁸ Er stellt den Zusammenhang zwischen sozialer Krise, ökologischer Krise und spiritueller Krise her und ruft uns dazu auf, die Art und Weise unseres Zusammenlebens zu überdenken. Derart tiefgreifende Veränderungen sind zweifellos unbequem, aber für das langfristige Wohl des Einzelnen und der Gemeinschaft unerlässlich und setzen voraus, dass sie gemeinschaftlich geplant und getragen werden. Auch hier gibt es viele, die auf der Suche sind, experimentieren, sich auf neue Lebensweisen einlassen.

Die neuen Fragen nötigen uns zum Nachdenken und Handeln. Sie können sich für uns als Chance erweisen, wenn wir uns darüber klar werden, welche Art von Gesellschaft wir eigentlich wollen. Auf allen Ebenen müssen wir uns wieder die Zeit nehmen, um über all diese Themen zu sprechen, einander zuzuhören und so zu verhindern, dass die Gewalt das letzte Wort hat.

Fazit

Unser Land ist von einer Traurigkeit befallen. Einer Traurigkeit über den eigenen Zustand und die Unfähigkeit, die vorhandene Energie zu bündeln, obwohl doch die schweren Prüfungen und die Verunsicherung es erfordern, dass wir zusammenfinden. Es besteht auch die Gefahr, dass wir das Zusammenleben nur noch negativ bewerten und vergessen, welches ein Glück wir haben, in diesem Land zu leben, und dass viele Menschen uns um unsere Lebensbedingungen beneiden. Verharren wir in dieser Traurigkeit, in dieser Konfrontation, in diesem Misstrauen der eigenen Fähigkeiten? Sehen wir nicht mehr all das, was das Leben in unserem Land zum Teil im Verborgenen gut und schön macht: die gute geleistete Arbeit, die Unterstützung der Bedürftigen, das Familienleben...? In den Herzen verbirgt sich ein großer Reichtum, und Hoffnung, die sich aus dem Handeln vieler speist. Und wir Christen haben die unerschütterliche Hoffnung, dass das Licht Jesu Christi über uns leuchtet und die Dunkelheit vertreibt.

Lassen wir weitere Jahre vergehen, ohne uns den Fragen von Verantwortung und Sinn zu stellen, auf die unser Zusammenleben Antworten braucht? Sind wir bereit, den Tatsachen ins Auge zu blicken und die entsprechenden Konsequenzen für unser persönliches und gemeinschaftliches Verhalten zu ziehen? Jeder ist in seinem Bereich für das Zusammenleben in der Gesellschaft und für die Zukunft der Gesellschaft verantwortlich. Das erfordert jedenfalls Mut und Kühnheit, Eigenschaften also, die unserem Land nie abhandengekommen sind.

Mit diesen Überlegungen, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, möchten wir zur Debatte beitragen und dazu aufrufen, dass sie diskutiert, weitergeführt und vertieft werden. Wir möchten Sie einladen, ausgehend von diesem Text das Wort zu ergreifen, sich mit anderen, auch mit Nichtchristen, über die Fragen des gesellschaftlichen Miteinanders auszutauschen. Wir meinen, dass die tiefgreifenden Probleme unserer Zeit nicht in erster Linie von der Wirtschaft und dem Finanzwesen gelöst werden, so wichtig sie auch sein mögen, und auch nicht durch das Gehabe mancher Menschen. Die Lösungen ergeben sich aus dem persönlichen und gemeinschaftlichen Eingehen auf die tiefen Bedürfnisse des Menschen. Und aus dem Engagement aller.

⁸ Enzyklika *Laudato si'* von Papst Franziskus über die Sorge für das gemeinsame Haus, 24. Mai 2015, abrufbar auf der Website des Vatikan: http://w2.vatican.va/content/francesco/de/encyclicals/documents/papa-francesco_20150524_enciclica-laudato-si.html

ANREGUNGEN FÜR DEN AUSTAUSCH AUF DER GRUNDLAGE DIESES SCHREIBENS DES STÄNDIGEN RATES DER FRANZÖSISCHEN BISCHOFSKONFERENZ AN DIE BEWOHNER UNSERES LANDES

Die folgenden Fragen beziehen sich auf die einzelnen Abschnitte des Textes. Sie können Ihnen dabei behilflich sein, sich über den Text auszutauschen und Ihre eigenen Überlegungen zu äußern. Diese Denkanstöße sollen Sie nicht daran hindern, noch andere Aspekte in den Blick zu nehmen.

Gesamteindruck:

- Welche Spuren hat dieser Text bei Ihnen hinterlassen? (Inhalt und Form)
- Welche Gefühle hat er in Ihnen hervorgerufen?

Vorbemerkungen

- Haben die Bischöfe Recht, wenn sie sich zu Wort melden?
- Was bedeuten Ihnen die Begriffe Nation, Republik, Heimat?

1. Zum Politischen zurückfinden

- Wie beurteilen Sie die Politik in unserem Land?
- Was muss sich ändern?

2. Spannungen in der Gesellschaft

- Glauben Sie, dass unsere Gesellschaft überreizt ist?
- Wie schätzen Sie die Rolle der Medien und der sozialen Netzwerke ein? Wie sind Ihre eigenen Nutzungsgewohnheiten?

3. Ambivalenzen und Paradoxien

- Welche Paradoxien fallen Ihnen am stärksten auf?
- Glauben Sie an die Kreativität und Dynamik in unserem Land?

4. Den Gesellschaftsvertrag überdenken

- Was stellt die größte Gefahr für den Gesellschaftsvertrag in unserem Land dar?
- Haben Sie selbst ein Gefühl der Unsicherheit und Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft?
- Welchen Sinn haben die Werte „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ heute?

5. Kulturelle Verschiedenheit und Integration

- Was macht Ihrer Meinung nach die nationale Identität und die französische Staatsbürgerschaft aus?

- Was kann der Integration Vorschub leisten? Was erschwert die Integration?

6. Brüchige und eingeforderte Identitäten

- Wie würden Sie Ihre Identität beschreiben?
- Welchen Platz sollten die Christen in der Gesellschaft einnehmen? Was können sie in die Gesellschaft einbringen?

7. Die Frage nach dem Sinn

- Glauben Sie, dass das Politische etwas mit der Frage nach dem Sinn zu tun hat?
- Wie sehen Sie die Stellung des Einzelnen und der Gemeinschaft im Leben der Gesellschaft?
- Was fehlt unserer Gesellschaft?

8. Eine Krise des Wortes

- Wie beurteilen Sie die Qualität der politischen Debatte in unserem Land?
- Welche Haltung sollten Christen in den gesellschaftlichen Debatten einnehmen?

9. Für ein richtiges Verständnis der Trennung von Staat und Kirche

- Welchen Platz sollten Ihrer Meinung nach Religionen im öffentlichen Raum haben?
- Was verstehen Sie unter Laizität?

10. Ein Land in Wartehaltung und reich an Möglichkeiten

- Welche Initiativen – politisch, bürgerlich, kirchlich,... lokal oder national... – scheinen Ihnen in die richtige Richtung zu gehen?
- Glauben Sie, dass sich in unserem Land, in unserer Gesellschaft, ein grundlegender Wandel vollzieht und dass es sich an einem Wendepunkt befindet?

Fazit

- Was gibt Ihnen trotz allem Hoffnung?
- Halten Sie es für möglich, dass sich etwas ändert? Unter welchen Bedingungen?
- Halten Sie es für möglich, dass Sie einen bescheidenen Teil zu diesen Veränderungen beitragen?